

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Schenker/Juckel/Gronde-Brunner

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1255/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
	BVV

Gier-Adel ohne Anstand - geht's noch?! Es lebe die freiheitliche Republik! Jagdschloß Grunewald und Schloss Charlottenburg für alle

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, sich in der Öffentlichkeit dafür auszusprechen und bei den zuständigen Stellen des Senats von Berlin und dem Kulturstaaatsministerium dafür einzusetzen, dass keine Gegenstände und Artefakte aus dem Jagdschloss Grunewald und aus dem Schloss Charlottenburg an die Hohenzollern ausgeliefert werden.

Der BVV ist bis zum 31.12.2019 zu berichten.

Begründung:

Seit Jahren verhandelt die Hohenzollern-Familie mit dem Bund über die Auslieferung von Kunstwerken und mietfreies Wohnen in und sonstige Nutzung der ehemaligen Schlösser der Familie. Die Familie fordert u.a. unentgeltliche Wohnrechte im Potsdamer Schloss Cecilienhof oder in zwei anderen einstigen Schlössern. Außerdem sollen zahlreiche fürstliche Bibliotheken und Teile des Königlichen Hausarchivs, die heute in Schlössern oder im Geheimen Staatsarchiv verwahrt werden, ausgeliefert werden. Zudem fordern die Hohenzollern mindestens 266 Gemälde und Skulpturen sowie Möbel. Wie der „Spiegel“ berichtet, fürchtet die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) die Schließung des Jagdschlusses Grunewald und des Neuen Pavillons im Park von Schloss Charlottenburg, wenn die Forderung der Hohenzollern Erfolg hätte. Mit dem Rechtsstreit geht es nicht nur darum, dass die Familie von der Sowjetunion nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs als „Kriegsverbrecher*innen“ enteignet wurde. Es geht auch um die Deutungshoheit über die Geschichte und Bedeutung der Hohenzollern, die in dem Verfahren und in der öffentlichen und auch politischen Debatte ausgefochten wird.

Das deutsche Kaiserreich unter Führung Wilhelm II. hat Kolonien in Afrika errichtet und dort Völkermorde begonnen. Das deutsche Kaiserreich trägt die Hauptschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs mit seinen zerstörerischen Folgen für Millionen Menschen. Es ist historisch unbestritten, dass Teile der Hohenzollern den Aufstieg der Nationalsozialist*innen mitbereiteten und mit ihnen kollaborierten. Der politisch bedeutsame Teil des Hauses stellte sich dem Nationalsozialismus symbolschwer zur Verfügung. Am 21. März 1933, am „Tag von Potsdam“, der wichtigsten Propagandainszenierung zur Errichtung der Diktatur, spielte der Kronprinz der Hohenzollern, Wilhelm Prinz von Preußen, eine bedeutsame symbolische Rolle.

Der Reichtum der Hohenzollern ist durch die Untertan*innen finanziert worden. Staatsbürger*innen sollen jetzt erneut zur Kasse gebeten werden. Die Forderungen der Hohenzollern zeigen die Gier und die Realitätsferne, in der der einstige Adel scheinbar immer noch lebt.

Mehr als 100 Jahre nach dem Erkämpfen der parlamentarischen Demokratie, dem Ende der Monarchie und der Abdankung des letzten Kaisers, schließen wir aus voller Überzeugung: **Es lebe die freiheitliche Republik!**